

Berlin, 04.11.2003

Claudia Hämmerling, stadtentwicklungspolitische Sprecherin, und
Barbara Oesterheld, baupolitische Sprecherin erklären:

Entwicklungsgebiete: Schrecken ohne Ende

Das Ausstiegsszenario aus den städtebaulichen Entwicklungsgebieten zeigt klar, das nichts klar ist. Zwar steht fest, dass die noch laufenden Kredite einschließlich Schuldendienst in Höhe von 670 Millionen Euro ab 2004 in den Landeshaushalt übernommen werden und dass Berlin auf den entwicklungsbedingten Mehrwert verzichten muss, wenn das Treuhandvermögen der Entwicklungsträger nicht zusätzlich in Höhe von 97 Millionen Euro belastet werden soll.

Laut Senat ist der Abschluss der Entwicklungsmaßnahme unter diesem Finanzszenario 2006 geplant,

- wenn sich die Ausgaben durch Schadensersatzforderungen nicht erhöhen,
- wenn sich die prognostizierten Einnahmen realisieren lassen,
- wenn die beantragten Fördermittel fließen,
- wenn die Beteiligungsverfahren erfolgreich zum Abschluss gebracht werden können,
- wenn die zum Aufhebungserlass erforderlichen B-Pläne rechtzeitig fertig werden.

Bei so vielen „Wenn“ ist Skepsis angebracht, dass der Ausstieg wie geplant realisiert werden kann.

Für 670 Millionen Euro zuzüglich der Infrastrukturkosten wurden von ursprünglich 31.000 geplanten Wohnungen gerade mal 7.000 gebaut.

Berlin muss endlich aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und sich von den geplanten ruinösen Großprojekten verabschieden; von dem Megaeinkaufszentrum an der Landsberger Allee ebenso wie von der Bebauung der „Banane“ und der Hochhausbebauung am Alex. □